



Bern, 21. Dezember 2018 Von Fabian Dreher

Gewaltsames Verschwindenlassen: Menschen und Schicksale

Verschwindenlassen ist eine Form der staatlichen Willkür, bei der staatliche oder quasi-staatliche Organe Menschen in ihre Gewalt bringen und dem Schutz des Gesetzes längere Zeit entziehen. Es ist im Völkerrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sanktioniert und gilt als eine der schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen. Trotzdem ist das gewaltsame Verschwindenlassen in bewaffneten Konflikten Kolumbiens weit verbreitet. Über 80'000 Menschen wurden in Kolumbien zwischen 1958 und 2017 Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen.

Gemäss den offiziellen Zahlen des staatlichen Opferregisters (Registro Único de Víctimas, RUV) wurden 47'512 Personen Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen (desaparición forzada). Die Zahlen der Untersuchungsbehörden liegen jedoch deutlich höher, demgemäss wurden zwischen 1958 und 2017 82'988 Personen Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen. 1743 davon im Departement Caquetá im Zeitraum von 1975 bis heute. Gemäss der Obersten Staatsanwaltschaft (Fiscalía General de la Nación) wurden in den letzten 17 Jahren 9174 Leichen von Opfern des gewaltsamen Verschwindenlassens in ganz Kolumbien gefunden, 374 davon in Caquetá. Von diesen 374 wurden bis heute gerade Mal 86 identifiziert. Im November 2018 publizierte das Centro Nacional de Memoria Histórica (CNMH) einen persönlichen Bericht der forensischen Anthropologin Helka Quevedo über Ausmass, Ursachen und Folgen des gewaltsamen Verschwindenlassens in zwei Gemeinden im südlichen Caquetá. Dieser Bericht wird hier kurz zusammengefasst, die vollständige Version des Berichts kann auf der [Webseite des CNMH](#) heruntergeladen werden.

Der Bericht will nicht nur das statistische Ausmass des gewaltsamen Verschwindenlassens aufzeigen, sondern die „Krankheit“ durch eine „Autopsie“ in ihrer Gesamtheit untersuchen. Dabei wird zuerst die Ausgangslage (Ort, Gesellschaft, etc.) beschrieben, dann das Phänomen gewaltsames Verschwindenlassen als Ausdruck der Gewalt des bewaffneten Konflikts und deren Ursachen untersucht. Die Autorin nimmt dabei ihre eigenen Erfahrungen als subjektive Grundlage der Erzählung. Als Mitglied eines Untersuchungsteams wurde sie 2001 bei der Aushebung von verborgenen Massengräbern mit 50 verstümmelten, teils unerkennbaren Leichen mit dem gewaltsamen Verschwindenlassen konfrontiert. Seither begleitet sie die Fälle in den zwei Dörfern Albania und Puerto Torres im südlichen Caquetá, in denen ab 2001 resp. 2002 solche Massengräber ausgehoben wurden.

Sie war nicht nur bei den Grabungsarbeiten im Feld dabei, sondern auch bei der Übergabe der Überreste identifizierter Opfer an die Angehörigen. Sie führte mit vielen Angehörigen von Opfern Gespräche über die Ungewissheit, die schwindende Hoffnung, aber auch über die Schwierigkeit in der Zusammenarbeit mit den Behörden. Sie begab sich aber auch in die Gefängnisse und sprach mit ehemaligen Kommandanten der verantwortlichen Paramilitärs, die dem Frente Sur Andaquies der AUC angehörten. Da diese im Rahmen von [Justicia y Paz](#) oft Strafminderung im Gegenzug für Geständnisse (Wahrheit) erhielten, zeigten sich einige erstaunlich offen, über die von ihnen begangenen Gräueltaten zu sprechen. Die Untersuchungsbehörden erhielten damit wertvolle Hinweise zur Aufklärung zumindest eines Teils der Verbrechen. Diese Gespräche zeigen auch, warum bis heute in vielen Fällen keine Spuren, d.h. keine Überreste von den Opfern gefunden werden konnten. Teils wurden die

Leichen so sorgfältig vernichtet, dass nach mehr als einem Jahrzehnt schlichtweg keine Spuren mehr gefunden werden können. Teils wurden die Leichen aber auch einfach auf öffentlichen Friedhöfen vergraben. Aus verständlichen Gründen sind die Behörden hier bei Nachforschungen sehr zurückhaltend und öffnen Gräber nur bei klaren Beweisen oder Zeugenaussagen, die selten vorliegen.

In der Kritik stehen im Bericht vor allem die staatlichen Behörden. Für die Angehörigen wäre ein intensiver Austausch mit den Behörden immens wichtig. Staatliche Informationen über die Untersuchungen und staatliche Anerkennung würden zumindest helfen, den Verlust einer geliebten Person zu verarbeiten. Zum Schmerz der Verlusts und der Hoffnung kommt die fehlende Kommunikation staatlicher Institutionen, die sich lähmend auf die betroffenen Familien auswirkt. Wegen der tiefen Aufklärungsquote erfahren weder die Familien noch die Gesellschaft die Wahrheit über die Verschwundenen und die Täter.

Die zuständigen Behörden in Justiz, Forensik und für Entschädigung der Opfer haben während dem bewaffneten Konflikt ein Labyrinth an Gesetzen, Protokollen, Informationssystemen, Verfahren und Kommissionen geschaffen. Für die Angehörigen der Opfer ist dieses System jedoch vor allem frustrierend. Nicht selten geschieht es, dass Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen in dieser Maschinerie verloren gehen. Die Behörden schieben sich in solchen Fällen meist gegenseitig die Schuld zu. Eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Daten und Prozeduren wäre dringend, damit die Angehörigen wenigstens die bestmögliche Hilfe bei der Suche und Verarbeitung erhalten. Bis heute existiert jedoch kein standardisiertes Verfahren der verschiedenen Behörden und staatlichen Institutionen in Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen.

Eine Übergangs- oder Sonderjustiz wie Justicia y Paz und heute die JEP kann zur Wahrheitsfindung und Aufklärung von Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen beitragen. Dies ist jedoch von der Ausgestaltung abhängig. Sie muss sicherstellen, dass TäterInnen auch wirklich nur im Gegenzug zu vollständigen und wahrheitsgemässen Geständnissen Strafminderung erhalten. Gerade die Wahrheitsfindung öffnet jedoch auch den Dialog mit der gesamten Gesellschaft. Die Wiedergutmachung bedingt funktionierende staatliche Institutionen, die den Angehörigen Red und Antwort steht sowie Anerkennung entgegenbringt. Es wäre dringend, dass Kolumbien seine Institutionen in diesem Sinne reformiert und reorganisiert. Denn die Aufarbeitung des bewaffneten Konflikts und des dadurch verursachten gewaltsamen Verschwindenlassens hat eben erst begonnen.